

„Rottenburger-Thesen“

der Jungen Union Baden-Württemberg

**Beschluss des außerordentlichen Landestages
am 03.11.2007 in Rottenburg-Oberndorf**

1. Ein verantwortungsvoller und nachhaltiger Umgang mit Ressourcen beginnt für die Junge Union Baden-Württemberg mit der Nutzung technisch verfügbarer Einsparpotentiale. Wir begrüßen daher die Initiative des Landes für ein Wärmegesetz; fordern die Landesregierung aber auf, den Anwendungsbereich auch auf öffentliche Liegenschaften auszuweiten. Baden-Württemberg kann damit bundesweit Vorreiter in Sachen Klimaschutz werden und gleichzeitig die Erfolge seiner heimischen Umwelttechnikanbieter demonstrieren. In diesem Zusammenhang sind Energieeffizienzmaßnahmen in allen Bereichen auszuweiten. Land und Kommunen sollten in ihrem Verantwortungsbereich mit gutem Beispiel vorangehen.
2. Die Menschen und Unternehmen im Land brauchen sichere, preisgünstige und saubere Energie. Die Junge Union Baden-Württemberg bekennt sich deshalb zur Kernkraft als einer CO₂-armen und klimaverträglichen Übergangsform der Energieversorgung. Wir plädieren für eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Betreibern der deutschen Kernkraftwerke, wonach die Laufzeiten von Kernkraftwerken verlängert werden und die hierdurch erzielten Mehreinnahmen für die Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernfusion und regenerativen Energieträger verwendet werden. Die Junge Union im Land fordert die Betreiber der Kernkraftwerke daher auf, sich deutlicher als bisher in der Öffentlichkeit und bei den Entscheidungsträgern für die Verlängerung der Laufzeiten einzusetzen.
3. Neben der Wasserkraft und der Biomasse setzt die Junge Union im Bereich der erneuerbaren Energien insbesondere auf die Geothermie. Um diese noch effektiver entwickeln und nutzen zu können, fordern wir die Landesregierung auf, sich für eine Novellierung der Bundesbergrechts einzusetzen, um die Konzessionsvergabe für Tiefenbohrungen zu erleichtern. Das Land ist gleichzeitig aufgerufen, für eine effektive Überwachung der Konzessionsinhaber zu sorgen. Zur Absicherung der zurzeit noch nicht abzuschätzenden Bohrrisiken soll auf Bundesebene ein Fonds eingerichtet werden. Windkraftanlagen sind für die Junge Union immer dann zu fördern, wenn sie landschaftsschonend und ökonomisch sinnvoll betrieben werden können.
4. Die Junge Union Baden-Württemberg begrüßt die steigende Wettbewerbsfähigkeit regenerativer Energieträger durch die Einführung des „Erneuerbare Energien Gesetzes“ (EEG) durch die vormalige Bundesregierung. Im Rahmen seiner Novellierung müssen nun weitere Anreize zur Effektivitätssteigerung geschaffen werden. Wir plädieren daher als zusätzliches, ergänzendes Element zum bisherigen EEG-Zuschuss-System für eine dynamische Vergütungspauschale als Bonus auf den aktuellen Marktpreis. Die jährliche Höhe der Boni muss sich dabei an den jeweils effizientesten Erzeugungsmodellen orientieren und die Energieproduzenten somit zum Einsatz modernster Technologien mit bestmöglichem Wirkungsgrad motivieren.

5. Baden-Württemberg braucht für seine nachhaltige Entwicklung eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, die hilft, verkehrsbedingte Umweltbelastungen zu reduzieren. Die staatlichen Ebenen und die Kommunen werden deshalb aufgerufen, in der Entwicklung und Unterstützung verkehrsreduzierender Logistikkonzepte sowie dem Aufbau modernster Telematik- und Verkehrsleitsysteme eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Der ÖPNV muss durch Investitionen und attraktive Tarifmodelle über das heutige Maß hinaus gefördert werden. Aber auch die Automobilwirtschaft muss stärker in die Pflicht genommen werden: Sie muss verbindlich zu intensiveren Anstrengungen im Bereich der Forschung und Entwicklung sprit- und emissionsarmer sowie alternativer Antriebsformen verpflichtet werden.
6. Die Junge Union Baden-Württemberg fordert die Abschaffung der Kfz-Steuer als reine Substanzsteuer. Stattdessen könnte eine Besteuerung des CO₂-Ausstosses bzw. die Einführung einer Pkw-Maut zur gerechteren Besteuerung von Umweltbelastungen führen. Die damit erzielten Einnahmen, ebenso wie die Mittel aus der „Öko-Steuer“, sollten mittelfristig in verkehrs- und verkehrsbezogene umweltpolitische Projekte sowie diesbezügliche Forschung und Entwicklung fließen.
7. Die Junge Union Baden-Württemberg fordert den Naturschutz im Land verstärkt an der Maxime „Schützen durch Nützen“ auszurichten und damit die Akzeptanz von Naturschutzprojekten weiter zu erhöhen. In Zusammenarbeit mit der Land- und Tourismuswirtschaft gilt es dabei Strukturen zu schaffen, die die Pflege unserer einmaligen Kulturlandschaft sicherstellen und deren touristischer Erschließung etwa in Gestalt erlebbarer Naturparks vorantreiben.
8. Im Zuge der zunehmenden Bedeutung nachwachsender Rohstoffe für eine sichere, günstige und saubere Energieversorgung ist die Landwirtschaft aufgefordert, stillgelegte Agrarflächen zur Gewinnung energiereicher Nutzpflanzen zu reaktivieren ohne hierbei der Entstehung von Monokulturen Vorschub zu leisten.
9. Das Land und die Kommunen müssen ihrer Verantwortung für eine nachhaltige Nutzung unserer Landschaft gerecht werden. Dazu gehört für die Junge Union, dass die Erkenntnisse aus dem „Modellprojekt zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung der innerörtlichen Potentiale“ (MELAP) konsequent in die entsprechenden Förderprogramme einfließen. Darüber hinaus fordern wir einen Pakt gegen Landschaftsverbrauch zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden, bei dem ein landesweiter Ausgleich zwischen notwendigen Investitionsmaßnahmen und möglicher Renaturierung von zersiedelten Flächen vorgenommen wird. Dabei müssen verbindliche Vereinbarungen getroffen werden, um den bisherigen Ankündigungen sichtbare Taten folgen zu lassen.